



2021/50 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2021/50/grossreinemachen>

Die Beschäftigung privater Haushaltshilfen soll staatlich unterstützt werden

Großreinemachen

Kommentar Von **Kim Bönte**

Die Ampelkoalition will unter anderem Familien mit staatlichen Gutscheinen bei der Finanzierung von Putzhilfen unterstützen.

Es hat Gründe, warum nur ganz wenige Menschen Aufräumen, Staubwischen und Putzen als Lieblingshobbys angeben. Saubermachen ist nämlich keine auch nur ansatzweise glamouröse Tätigkeit, mit der man irgendjemanden beeindrucken könnte, schon gar nicht Leute, die in ihrer Freizeit, sagen wir: segeln, Nazis blockieren oder nur zum Spaß Altaramäisch lernen.

Ordnung machen ist mühsam. Zumal der Mensch Zeit seines Lebens schmutzt und Unordnung verbreitet, und das jeden Tag aufs Neue und ohne Unterlass, bis er irgendwann stirbt, und selbst dann muss er weggeräumt werden.

Es ist also davon auszugehen, dass niemand gern den Dreck anderer Leute beseitigt, außer vielleicht Nacktputzer. Die gibt - oder gab - es übrigens wirklich, jedenfalls hatten in einer arg verlotterten WG lebende Freunde mal so jemanden zum nackig Herumfeudeln eingeladen, was wohl an sich gut klappte, nur wollte der Putzhelferich beim Saubermachen gern beguckt werden. Das waren den Betroffenen die anschließend blitzblanken Räume alles in allem eher doch nicht wert.

Woraus folgt, dass niemand gern bei anderen Leuten sauber macht, sondern dies nur für eine Gegenleistung, und gewöhnlich aus purer Not, tut. Und dabei sind die Putzhilfen meist auch noch extrem schlecht bezahlt und nicht versichert. Kurzum: Sie werden ausgebeutet. Während die Lebenszufriedenheit derjenigen, die sie zu oft erbärmlichen Bedingungen beschäftigen, einer 2018 veröffentlichten Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft zufolge steigt.

Nun gibt es aber eine neue Bundesregierung, mit deren Wahl, so wurde es jedenfalls versprochen, alles anders werden würde, weil nämlich Frieden, Freiheit, Wohlstand, Glück und neue Radwege über die Menschen kommen würden. So ganz hat das noch nicht geklappt, aber die Neuen sind ja auch erst ein paar Tage im Amt, und Armut abzuschaffen geht halt nicht von heute auf morgen. Schmutzverbreitung abzuschaffen auch nicht, aber das hat eigentlich auch niemand erwartet, schließlich stand in keinem Wahlprogramm: »Alle, die wollen, bekommen von der neuen Regierung einen Staubsaugroboter geschenkt.« Und außerdem gibt es ja nun wirklich wichtigere Aufgaben für die Ampelkoalition, wie Armut zu bekämpfen ... - hoppela.

Zuerst wird nämlich doch geputzt. »Wir führen für Familien ein System der Alltagshelfer ein«, sagte der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil (SPD), Ende November, und zwar wie folgt: »Der Staat« gibt Familien in Form von Gutscheinen einen Zuschuss, »damit sie sich legale Hilfe im Haushalt leisten können«. Oder, wie es im Koalitionsvertrag heißt: »Die Inanspruchnahme familien- und alltagsunterstützender Dienstleistungen erleichtern wir durch ein Zulagen- und Gutscheinsystem und die Möglichkeit für flankierende steuerfreie Arbeitgeberzuschüsse.«

Sollte das realisiert werden, könnte die Inanspruchnahme entsprechender Dienstleistungen mit bis zu 2 000 Euro pro Jahr bezuschusst werden, allerdings zunächst nur für Familien, Alleinerziehende und Menschen, die pflegebedürftige Angehörige betreuen. Und selbstverständlich gäbe es bei der Sache außerdem einen Haken, denn die Nutzer müssten 60 Prozent der Kosten für die Hilfe selbst zahlen. Ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die Schwarzarbeit, wurde das Programm bereits gelobt. Denn selbstredend geht es darum und nicht etwa um sentimentalen Quatsch wie die Entlastung der ärmeren Haushalte, die ohnehin kein Geld übrig haben, um Putzfrauen oder -männer zu bezahlen.

Deutschland wird also nun endlich sauber, und dazu werden auch noch Menschen gerecht entlohnt, jedenfalls wenn sie putzen und »gerecht« nicht etwa »gut« heißen soll, sondern »steuerpflichtig«. Und weil dadurch das Lebensglück steigt, steht der Wiederwahl der Ampelkoalition im Jahr Dingens auch jetzt schon nichts mehr im Wege, außer vielleicht, dass das ganze rund 400 Millionen Euro kosten soll, im ersten Jahr, und danach schrittweise mehr. Das ist ziemlich viel Geld, wenn man es recht bedenkt, und außerdem scheint dieses viele Geld vielleicht auch gar nicht vorhanden zu sein. Denn wie in einem Artikel des Handelsblatts über das tolle neue Hilfesystem stand: »Finanzierung der Ampel-Projekte wackelt erheblich«.